

Legislatur 2009-2014: eng nohalteg Politik fir Lëtzebuerg an Europa

5 Préifsteng fir d'Parteien

« L'État garantit la protection de l'environnement humain et naturel, en œuvrant à l'établissement d'un équilibre durable entre la conservation de la nature, en particulier sa capacité de renouvellement, et la satisfaction des besoins des générations présentes et futures. »

Auszug aus Art. 11bis der Luxemburger Verfassung

Die Landes- und Europawahlen vom 7. Juni 2009 sind ein wichtiger Termin auf der Nachhaltigkeits-Agenda Luxemburgs. Die nächsten fünf Jahre werden ausschlaggebend dafür sein, ob Luxemburg den Wechsel von einem für Wirtschaft und Ökosystem fatalen „Business as usual“ und von einer monolithischen Wirtschaftsstruktur hin zu einer ernst gemeinten und aktiven Nachhaltigkeitspolitik schafft. Die Parteien sollen in diesem Wahlkampf konkrete Konzepte für die Legislaturperiode 2009-2014 vorlegen.

KREISLAUF – Die menschlichen Lebensgrundlagen bauen auf dem Kreislauf der Natur auf: Nichts geht verloren, nichts kommt hinzu, alles hat eine Wirkung. Dieser Kreislauf wurde durch unsere Lebensweise in Gefahr gebracht, ganz besonders durch den massiven Anstieg der CO₂-Emissionen. Sicher, Luxemburg ist ein kleines Land. Doch hier wie überall in der Welt sind auf lokaler Ebene konkrete und einschneidende Maßnahmen notwendig, um den Planeten und mit ihm die Menschheit vor einer ökologischen Katastrophe zu bewahren. Auch Luxemburg trägt seinen Teil der Verantwortung für das Überleben des Planeten. Zwar hat der Luxemburger Staat dem Schutz der Umwelt Verfassungsrang gegeben, doch mit seinem „ökologischen Fußabdruck“ schneidet das Land im EU-Vergleich schlecht

ab. Ressourcen- und Umweltverhalten widersprechen deutlich den Nachhaltigkeitsanforderungen und den selbst gesteckten Zielen.

KÖPFE – Eine Politik der Nachhaltigkeit bedeutet nicht nur das Ergreifen von technischen oder finanziellen Maßnahmen. Es geht auch um eine Veränderung von Bewusstsein, Mentalität und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger. Um dieses Umdenken in den Köpfen zu erreichen, ist es notwendig, die Öffentlichkeit gezielt zu sensibilisieren und neue Formen der Beteiligung an Reflektions- und Gestaltungsprozessen zu erproben.

KRISE – Auch Luxemburg durchlebt zurzeit eine Finanz- und Wirtschaftskrise, welche Arbeitsplätze gefährdet. Diese Krise sollte jedoch als Chance genutzt werden, die Grundlagen unseres Wirtschaftsystems kritisch zu hinterfragen. Sie ist auch ein Test für die Glaubwürdigkeit der Politik: Werden die Parteien die Herausforderung annehmen, und ökologische sowie wirtschaftliche Reformen und Umstrukturierungen mit sozialer Gerechtigkeit verbinden?

Der Erhalt der natürlichen Ressourcen, der sozial gerechte Zugang aller Menschen zu diesen natürlichen Ressourcen, das Einbeziehen aller sozialen Schichten zur Förderung der sozialen Kohäsion und Tragfähigkeit der politischen Maß-

nahmen sind die Herausforderungen, welche die aktuelle internationale Krise stellt. Wichtig ist aber auch, dass verantwortungsvolle nachhaltige Antworten der Politik zur Krise für die Menschen verständlich und nachvollziehbar sind.

PRÜFSTEINE – Die nächste Regierung soll ihr Programm an den Erfordernissen der Nachhaltigkeit orientieren. Deshalb appelliert der Luxemburger „Conseil supérieur pour le développement durable“ (CSDD) an die verschiedenen Parteien, die an den Wahlen teilnehmen, sich der Herausforderung einer nachhaltigen Politik für die nächste Legislaturperiode zu stellen. Und er tritt mit fünf Prüfsteinen an sie heran.

Diese fünf Prüfsteine sind natürlich nur Einzelforderungen in präzisen Bereichen und erheben keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie stehen für die konkreten Maßnahmen, welche die Politik in den nächsten fünf Jahren bestimmen müssen, um den Wandel zu einem nachhaltigen Luxemburg herbeizuführen. Der Fächer der durch diese Prüfsteine angeschnittenen Themen soll aber auch verdeutlichen, dass Nachhaltigkeitspolitik nicht nur die verschiedensten Politikbereiche betrifft, sondern sie ebenfalls ganz konkret vernetzen muss, um effizient zu sein. Das bedeutet ebenfalls, dass die Finanzierungs- und Investitionspolitik Luxemburgs nachhaltig

gestaltet werden muss: Nachhaltigkeit muss langfristig im Staatsbudget abgesichert werden, aber auch der Staatshaushalt selbst muss nach Kriterien der Vorsorge und der Nachhaltigkeit gestaltet werden.

Es bedeutet aber auch, dass die politischen Entscheidungen auf allen Ebenen verstärkt Nachhaltigkeitsaspekten Rechnung tragen sollten. Der Nachhaltigkeitsrat würde es begrüßen, wenn die Voraussetzungen hierfür grundsätzlich verbessert würden, und schlägt folgenden übergeordneten Prüfstein vor: In Zukunft sollten alle Entscheidungen auf der Ebene der Regierung sowie der Abgeordnetenkammer im Vorfeld einem „Nachhaltigkeits-Check – fiche d’analyse en relation avec le développement durable“ unterliegen, analog zur derzeit erforderlichen „fiche financière“. Dabei sollten die Argumente, die in dieser „fiche“ angeführt werden, auch öffentlich zugänglich sein.

5 Prüfsteine für die Parteien

1. Ernährung und Konsum

Abschied vom überhöhten Konsum an Gütern tierischer Herkunft

Derzeit würde Luxemburg etwa das Doppelte seiner tatsächlichen landwirtschaftlichen Nutzfläche benötigen, wenn es autonom seine Bevölkerung ernähren wollte. Die Luxemburger Landwirtschaft setzt auf Milch- und Fleischwirtschaft: Das hat dazu geführt, dass Pflanzen überwiegend für Futterzwecke statt für Nahrungsmittel angebaut werden. Obst und Gemüse müssen zu großen Teilen importiert werden. Die Konzentration auf tierische Produkte sorgt zudem für hohe Treibhausgasemissionen. Diese unausgewogene Landwirtschaft trägt zu ungesunden Ernährungsweisen bei – mit steigenden Kosten für das Gesundheitssystem.

Eine Abkehr von der reinen Milch- und Fleischwirtschaft hin zu einer vermehrt kreislauforientierten Landwirtschaft ist dringend notwendig. Der CSDD lädt deshalb die nächste Regierung ein, ein Programm für die Landwirtschaft auszuarbeiten, in dem Gemüse- und Getreideanbau für menschliche Nahrungsmittel wieder einen hohen Stellenwert bekommen. Um diese ehrgeizigen Ziele umzusetzen, könnten zum Beispiel alle land- und weinwirtschaftlichen sowie

gartenbaulichen Betriebe verpflichtet werden, sich objektiv messbaren Parametern zur Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft zu unterziehen: Dazu würden etwa Stoff-, Energie-, Humus- und THG-Flüsse und -Bilanzen gehören. Die Optimierung der Produktionsprozesse müsste zum unternehmerischen Ziel werden und als alleinige Grundlage notwendiger Entschädigungen dienen.



Der CSDD wünscht sich darüber hinaus eine aktive staatliche Politik für eine ausgeglichene, ressourcenschonende Ernährung – etwa dadurch, dass nachhaltiger Konsum ein schulisches Lernziel wird. Aber auch, indem sowohl in Schulen und Kinderbetreuungsstrukturen als auch in öffentlichen Betrieben, Krankenhäusern und Altersheimen konsequent auf eine ausgeglichene, gesunde Ernährung gesetzt wird.

PRÜFSTEIN – *Sind Sie bereit, in der nächsten Legislaturperiode für alle landnutzenden Betriebe obligatorische Nachhaltigkeitsparameter einzuführen und Ausgleichszahlungen an die Einhaltung dieser Parameter zu binden?*

2. Demokratie und Gouvernance

Politische Mitbestimmung für alle

Voraussichtlich wird der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Luxemburg weiter wachsen. Gleichzeitig erhöht sich der Anteil an Grenzgänger auf dem Lu-

xemburger Arbeitsmarkt. Das aktuelle Modell der repräsentativen Demokratie schließt so nicht nur viele Menschen von politischen Rechten aus, es reduziert sich auch auf Mitbestimmung durch Wahlen. Der erschwerte Zugang für Nicht-Luxemburger zum öffentlichen Dienst beeinträchtigt die Beteiligung ausländischer Mitbürger am politischen und öffentlichen Leben.

Zur Stärkung der sozialen Kohäsion und zur Mitwirkung der größtmöglichen Zahl von Menschen an demokratischen Entscheidungsprozessen ist es nach Meinung des CSDD wünschenswert, allen Bürgern auch auf nationaler Ebene Zugang zum Wahlrecht zu geben.

PRÜFSTEIN – *Werden Sie die Bedingung der Luxemburger Nationalität zur Erlangung des aktiven und passiven nationalen Wahlrechts sowie zum Zugang zum öffentlichen Dienst streichen?*

3. Soziale Gerechtigkeit und Investitionen

Wohlstand nachhaltig finanzieren und gerecht verteilen

Die aktuelle Verteilung von Ressourcen und Wohlstand ist ungerecht – sowohl in Luxemburg als auch weltweit. Auch bei uns wird der Graben zwischen Arm und Reich immer größer, zugleich ist das soziale Gefälle zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen beträchtlich. Einige wesentliche Bestandteile der Finanzierung des Luxemburger Staatshaushalts tragen zu dieser Ungerechtigkeit bei, sie haben innerhalb und außerhalb ihre Effekte. So sorgt die durch Steuer- oder Regulierungsunterschiede ermöglichte Nischenpolitik – ob im Finanzbereich, beim e-Commerce oder beim Tank- oder Tabaktourismus – zwar für hohe Steuereinnahmen und schafft hierzulande (und auch in der Großregion) ein hohes durchschnittliches Wohlstandsniveau. Sie entzieht aber unseren Nachbarländern Einkommensquellen, beziehungsweise die Möglichkeit, vollends die Früchte ihrer höheren Besteuerung des Einkommens oder des Konsums einzufahren.

Der CSDD befürwortet die Einführung eines regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichts nach deutschem Beispiel, der die Entwicklungen von Einkommen und Vermögen untersucht und die Lebenslagen besonders betroffener Personengruppen analysiert, der aber auch



© Infocus - Fotolia.com

die Instrumente beleuchtet, welche von der Regierung ergriffen werden, um die Schere zwischen zu verringern. Der Rat regt zudem die Durchführung von „Vorsorgestudien“ an, in denen Kosten heutiger politischer Maßnahmen mit den in Zukunft anfallenden Kosten bei Unterlassen dieser Maßnahmen verglichen werden. Dazu könnte auch eine Analyse über grenzüberschreitende Konsequenzen des Bankgeheimnisses gehören. Wünschenswert wäre zudem die Einführung einer modernen Budgetplanung und -evaluierung, die auch Nachhaltigkeitseffekte der staatlichen Finanzpolitik überprüft. Was Luxemburgs Beitrag zur internationalen Entwicklungshilfe betrifft, schlägt der CSDD eine Analyse der gesamten Luxemburger Kooperationsausgaben – auch der Clean Development Mechanisms – nach Nachhaltigkeits-, Effizienz- und Demokratie-kriterien vor.

PRÜFSTEIN – *Sind Sie bereit, einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht nach deutschem Modell einzuführen, als Basis für eine effiziente Politik zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe?*

4. Ausbildung und Lernen für morgen

Nachhaltigkeit lernen auch in der Schule

Luxemburg verfügt dank der Mehrsprachigkeit seiner Einwohner über eine gute Grundlage für ein qualifiziertes

Arbeitsangebot. Wie internationale Vergleiche zeigen, gibt es aber ebenfalls deutliche Mängel im Bildungsbereich. Nachhaltigkeitspolitik bedeutet auch Investition in schulische und außerschulische Bildung. Ein breites, für alle zugängliches Bildungssystem ist eine fundamentale Voraussetzung für die Bewältigung der wirtschaftlichen Herausforderungen und für die soziale Kohäsion im Lande, insbesondere für die Integration des hohen Immigrantenteils. Dazu gehört zum Beispiel auch der konsequente Ausbau der Ganztagschule. Durch Schul- und Erwachsenenbildung, Universität, Forschung und Kultur schafft ein solches Bildungssystem die Grundlagen für Chancengleichheit und für eine erfolgreiche Anpassung an nachhaltigere Produktionsweisen und Konsumstile, aber auch für den Aufbau nicht-materieller Ressourcen.

Die Luxemburger Schulen sollten stärker auf ein gemeinschaftliches, an Inhalten und sozialen Kompetenzen orientiertes Lernen aufbauen.

PRÜFSTEIN – *Sind Sie bereit, bis 2019 für ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen in Luxemburg zu sorgen?*

5. Energie und Mobilität

Luxemburg ist in punkto Energieverbrauch und CO₂-Emissionen internationaler Spitzenreiter. Der Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ beträgt 30 Tonnen/Jahr. Das nationale Kyoto-Reduktionsziel

liegt jedoch bei 20 Tonnen/Jahr – maximal vertretbar wären laut UNO lediglich 2 Tonnen/Jahr! Die Kyoto-Zuteilungsmethode innerhalb der EU führt dazu, dass Luxemburg seine Reduzierungsziele nicht alleine durch konkrete nationale Emissionsreduzierungen erreichen kann und deshalb gezwungen ist, entweder das hohe Treibstoffvolumen und die damit einhergehende Mineralölsteuereinnahmen ins Ausland zu verlagern oder die überschüssigen Emissionen durch Kyoto-Zertifikate zu kompensieren.

Nachhaltiger Ressourcenverbrauch muss so gestaltet sein, dass Rohstoff- und Energiequellen sich regenerieren können. Es gibt viele Möglichkeiten, den Energieverbrauch zu reduzieren: Zum Beispiel durch eine konsequentere Förderung von erneuerbaren Energien wie Windkraft oder Solarenergie, aber auch und vor allem durch Energiesparen. Um dieses Potenzial zu nutzen, ist es dringend erforderlich, ein Gesetz zu schaffen, das zum Verbrauch von Treibstoff, Elektrizität und Wärme konkrete Ziele und Maßnahmen festhält und Energie-Checks für öffentliche und private Betriebe, Anlagen und Kraftfahrzeuge einführt. Ebenso sollen bestehende Energiesteuern für Privatpersonen und Betriebe ausgeweitet werden. Der CSDD schlägt deshalb ein konkretes Ausstiegszenario aus der stromgeführten Energiewirtschaft hin zu einer wärmegeführten aus erneuerbaren Rohstoffen vor. Dieses Szenario sollte auch einen konkreten Zeitrahmen zur Umsetzung enthalten. Deshalb ist absolute Priorität für die zügige Umsetzung der Vorhaben im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs gefordert.

PRÜFSTEIN – *Werden Sie im Bereich Transport einen finanziellen Modal-Split einführen, der ein Verhältnis von 3/4 zu 1/4 für Infrastruktur-Investitionen im öffentlichen Transport und sanfte Mobilität gegenüber solchen für Straßenbau vorsieht?* ♦

Conseil supérieur pour le développement durable